



An die Vorsitzende  
des Ausschusses Umwelt und Grün

Frau  
Dr. Sabine Müller

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 27.03.2014

**AN/0556/2014**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für Umwelt und Grün ohne Votum in nachfolgende Gremien verwiesen	27.03.2014
Stadtentwicklungsausschuss	03.04.2014
Finanzausschuss	07.04.2014
Rat	08.04.2014

**Zusatz- und Änderungsantrag zu Top 4.1 - Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2013  
- "die Mutter aller Konzepte?"**

Sehr geehrte Frau Dr. Müller,

die CDU-Fraktion bittet Sie, den nachfolgenden Zusatz- und Änderungsantrag zu Top 4.1 „Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2013“ (Vorlagen-Nr.: 2567/2013) auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün am 27.03.2014 zu setzen:

**Beschluss:**

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ersetzt:

Der Rat nimmt das als Anlage beigefügte „Integriertes Klimaschutzkonzept Köln 2013“ zur Kenntnis und verweist es zur Überarbeitung mit folgenden Maßgaben zurück an die Verwaltung:

- **Vorfahrt für den Klimaschutz:** Priorisierung der Maßnahmen anhand der positiven Effekte für den Klimaschutz, d. h. nur Projekte mit sehr hohem CO<sub>2</sub>-Einsparpotential (direkt oder indirekt) genießen auch eine sehr hohe Priorität;
- **Klimaschutz transparent & konkret:** Ergänzung der nach neuer Priorisierung besten Projekte („Top 10“) durch transparente Kostenberechnungen und Vorschläge zur Kostendeckung im städtischen Haushalt;

- **Synergien und vorhandenes Potenzial nutzen:** Verzicht auf ein zusätzliches, kommunales Zentrum für Energieeffizienz (Ziff. 5.1.2). Stattdessen ist ein neutrales und effektives Beratungsangebot durch den Aufbau einer Beratungsplattform für Energieeffizienz mit den bestehenden Akteuren (RheinEnergie, Verbraucherschutzzentrale, Energieagentur NRW, IHK, Handwerkskammer, Caritas usw.) sicherzustellen. Notwendige Koordinationsaufgaben sind von der Koordinationsstelle Klimaschutz (V/7) wahrzunehmen;
- **Angebote statt Verbote (I):** Insbesondere im Segment „5.4 Köln als mobile Stadt“ sind in einem ersten Schritt das ÖPNV-Angebot sowie die Angebote für den Radverkehr (Nahverkehrskonzept) zu optimieren. Nur auf diesem Wege können die notwendige Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur gesichert und Verkehrsinfarkte durch die Einschränkung individueller Verkehrsträger vermieden werden.
- **Angebote statt Verbote (II):** Mit Respekt vor persönlichen Bedürfnissen an motorisiertem Individualverkehr sind Maßnahmenvorschläge zur Stärkung flexibler E-Mobilität (Ladeinfrastruktur, Parkerleichterungen, E-Mobile-Carsharing) aufzunehmen;
- **Kommunales Gebäudesanierungsprogramm:** Die Altbausanierung ist das „schärfste Schwert“ der Kommune im Kampf um die CO<sub>2</sub>-Minderung. Daher ist der Vorschlag für ein Altbausanierungsprogramm (Ziff. 5.5.5) entsprechend dem Vorschlag der CDU-Fraktion aus dem Jahre 2011 („Kommunales Gebäudesanierungsprogramm 12/13/14 s. Antrag AN/2307/2011) zu erweitern.
- **Klimaschutz jetzt:** Der überarbeitete Entwurf ist dem Rat inklusive entsprechender Umsetzungsvorschläge für die „Top 10“-Projekte bis zum Ende des dritten Quartals 2014 vorzulegen.

### **Begründung:**

Die Stadt Köln hat sich zum Schutz des Klimas u. a. durch die Unterzeichnung des Bürgermeisterkonvents der Europäischen Kommission (2008) sowie die Mitgliedschaft im „Klimabündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder zum Erhalt der Erdatmosphäre“ (1992) vielerlei Selbstverpflichtungen auferlegt. Den vielfältigen Verpflichtungen sind bisher jedoch kaum Taten gefolgt. Im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten wie Frankfurt, Hamburg oder München hinken wir den Möglichkeiten hinterher. Dies wurde Köln z. B. 2011 in der Studie „German Green City Index“ der international renommierten Economist Intelligence Unit (EIU) bescheinigt. Daher begrüßt die CDU-Fraktion die Bemühungen der Verwaltung zur Entwicklung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes. Deren Wurzeln reichen bis in das Jahr 2007 hinein, in dem der Umweltausschuss den Auftrag zur Aufstellung eines CO<sub>2</sub>-Minderungskonzeptes für Köln erteilt hat.

Die CDU-Fraktion bedauert jedoch, dass es der Verwaltung in den vergangenen 7 Jahren nicht gelungen ist, mit dem vorgelegten Konzept auch unmittelbar umsetzbare Klimaschutzmaßnahmen zu formulieren. Erneut bleiben Aussagen zu Umfang, Art und Weise der Maßnahmenvorschläge sowie den damit einhergehenden Fragen zum Ressourcenbedarf (Personal- und Sachkosten) offen. Erneut wird die Finanzierung der Maßnahmen in die kommenden Haushaltsplanberatungen verschoben. Und das bei einer weiterhin ungesicherten, defizitären Kassenlage. Die häufigste Formulierung zu den Personalkosten lautet „bei verstärkter Umsetzung besteht erhöhter Personalbedarf“, bei den Sachkosten lautet die Unbestimmtheitsfloskel „abhängig von Projektentwicklung“.

Bei insgesamt **79** vorgeschlagenen Maßnahmen werden lediglich **4** Projekte mit Personalkosten über rund 1 Mio. Euro belegt. Sachkosten über rund 450.000 Euro pro Jahre werden für **12** Maßnahmen ausgewiesen. Bei **13** Vorschlägen gesteht die Verwaltung das Fehlen von Konzepten im „Mutter-Konzept“ ein – hier sollen externe Gutachter für rund 350.000 Euro Auskunft über das geben, was zukünftig noch für den Klimaschutz getan werden kann. Danach wäre Köln auch in den Jahren 2015ff. der aktive Klimaschutz keine 2 Millionen Euro pro Jahr wert!

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist die Zeit immer neuer Konzepte zum Thema „Klimaschutz“ vorbei. Bereits zu dem Ende 2011 vorgelegten Klimaschutzkonzept Köln – vorgezogenes Sofortmaßnahmenprogramm 2012“ (Vorlagen-Nr.: 3272/2011) haben wir nach dem Motto „**weniger Institution, mehr Aktion!**“ Maßnahmen vorgeschlagen, die direkte Anreize zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes setzen sollten (Vorlagen-Nr.: AN/2307/2011). So bietet z. B. für große Kommunen die Altbausanierung die effektivste Methode zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Das Beispiel München zeigt, dass ein kommunales Zuschussprogramm auch in Ergänzung der bestehenden Bundes- und Landesfördermöglichkeiten die Investitionsbereitschaft weiter mobilisieren kann. Neben dem Ziel der Treibhausgasreduzierung lassen sich mit diesem Ansatz auch Aspekte der regionalen Wirtschaftsförderung verbinden, da mit jedem investierten Euro rund 8 bis 10 Euro durch die Wertschöpfung in der Region generiert werden (Ergebnis München). Nicht zuletzt ist vor dem Hintergrund steigender Energiekosten die Kombination aus Zuschuss und Beratung auch ein probates Mittel, die weitere Steigerung der sog. „zweiten Miete“ für jede Kölnerin und jeden Kölner einzudämmen. Im Gegenzug steht der weitgehende Verzicht auf zusätzliche personelle bzw. organisatorische Einheiten in der Verwaltung.

Daran halten wir auch weiterhin fest!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Götz  
Fraktionsgeschäftsführer